

Kriminalisierung von Tierrechts-Aktivist_innen (Info vom 8.6.2008)

Seit **21. Mai 2008** sitzen **zehn Tierrechts-Aktivist_innen ohne konkrete Begründung noch immer in Untersuchungs-Haft**. Sie wurden im Zuge von insgesamt 23 Hausdurchsuchungen in Wohnungen, Häusern und Büros von Tierrechtler_innen verhaftet. Wie in schlechten Action-Filmen stürmten ab ca. 6 Uhr morgens bis zu 20 Spezialeinheiten der Polizei die Wohnungen und traten dabei mehrere Türen ein. Einige Betroffene wurden mit gezogenen Waffen aus dem Schlaf gerissen, eingeschüchtert, Wohnungen wurden verwüstet, irrelevantes Material (z.B. Hundespielzeug) willkürlich entwendet. Mehreren Personen wurden Grundrechte wie z.B. der Anruf bei einer Vertrauensperson, oder die Anwesenheit bei Durchsuchung einzelner Räumlichkeiten verweigert.

Die Verhaftungen wurden durchgeführt, da die Aktivist_innen für ihre E-Mail-Kommunikation standardisierte PGP- Verschlüsselung verwendet hätten (was nicht verboten ist und z.B. auch bei Firmen und Konzernen üblich ist) und daher „Verdunkelungsgefahr“ bestehe. Weiters bestehe „Tatbegehungsgefahr“, da die Betroffenen teilweise „seit langem“ politisch aktiv seien. Beide Begründungen sind politische Willkür und widersprechen der Unschuldsvermutung.

Die Durchsuchungen wurden mit **§278a**, der Bildung einer „kriminellen Organisation“ begründet, einem Passus des Strafrechts, der auf Geldwäsche, Menschenhandel o. die Mafia ausgerichtet ist.

„[...] Es entsteht ganz der Eindruck, als würden hier einzelne in der Vergangenheit begangene Straftaten willkürlich zusammengefasst, ohne konkreten Tatverdacht den Beschuldigten 'zugeordnet' und daraus der Vorwurf einer kriminellen Organisation konstruiert. [...] Die bloße 'Zuordnung' auf Grund eines (vermuteten) inhaltlichen Zusammenhangs und ohne konkrete Beweise von strafbaren Handlungen zu Personen oder Organisationen ist grob unzulässig. [...]“ (Presseaussendung der Grünen-Parlamentarierin Brigid Weinzinger, 26.05.08)

Am 28. Mai wurden einige der Gefangenen ohne Mitteilung an die Rechtsanwält_innen in die Justizanstalt Josefstadt-Wien sowie nach Eisenstadt verlegt. Aus Protest befanden sich einige Inhaftierte in Hungerstreik, teilweise über eine Woche lang. Ein paar sind es noch immer.

Am Freitag, 6.6.2008 wurde vom Landesgericht in Wiener Neustadt die U-Haft für alle 10 Aktivist_innen um einen weiteren Monat verlängert, ohne dass konkrete Tatvorwürfe genannt würden. Die genannten Haftgründe ermöglichen eine Verlängerung der Haft auf zwei Monate (Verdunkelungsgefahr) bzw. auf ein Jahr (Tatbegehungsgefahr). Noch immer wird den Inhaftierten bzw. ihren Verteidiger_innen die vollständige Akteneinsicht verweigert.

Wir rufen zur Solidarität mit den Betroffenen auf. Die Paragraphen, die jetzt gegen Tierrechtler_innen angewendet werden, sind so flexibel, dass sie auch gegen alle anderen Aktivist_innen eingesetzt werden können, um immer mehr unliebsame Teile einer kritischen Zivilgesellschaft mundtot zu machen. Unabhängig davon, ob du Tierrechtler_in bist oder nicht: Getroffen hat es einige - gemeint sind wir alle!

Die Gefangenen sollen wissen, dass niemand vergessen wird und unsere Solidarität keine Gefängnismauern kennt!

Solidarität ist eine Waffe!

weitere Infos: <https://at.indymedia.org> <http://antirep2008.lnxnt.org>

Anwält_innen sind teuer – spendet Geld und/oder organisiert Benefizveranstaltungen:

Kontonr.: 01920013682, BLZ: 14 000, Empfängerin: „GAJ Wien“, Zweck: „Antirep 2008“.

(International: IBAN AT551400001920013682 BIC BAWAATWW)

Kriminalisierung von Tierrechts-Aktivist_innen (Info vom 8.6.2008)

Seit **21. Mai 2008** sitzen **zehn Tierrechts-Aktivist_innen ohne konkrete Begründung noch immer in Untersuchungs-Haft**. Sie wurden im Zuge von insgesamt 23 Hausdurchsuchungen in Wohnungen, Häusern und Büros von Tierrechtler_innen verhaftet. Wie in schlechten Action-Filmen stürmten ab ca. 6 Uhr morgens bis zu 20 Spezialeinheiten der Polizei die Wohnungen und traten dabei mehrere Türen ein. Einige Betroffene wurden mit gezogenen Waffen aus dem Schlaf gerissen, eingeschüchtert, Wohnungen wurden verwüstet, irrelevantes Material (z.B. Hundespielzeug) willkürlich entwendet. Mehreren Personen wurden Grundrechte wie z.B. der Anruf bei einer Vertrauensperson, oder die Anwesenheit bei Durchsuchung einzelner Räumlichkeiten verweigert.

Die Verhaftungen wurden durchgeführt, da die Aktivist_innen für ihre E-Mail-Kommunikation standardisierte PGP- Verschlüsselung verwendet hätten (was nicht verboten ist und z.B. auch bei Firmen und Konzernen üblich ist) und daher „Verdunkelungsgefahr“ bestehe. Weiters bestehe „Tatbegehungsgefahr“, da die Betroffenen teilweise „seit langem“ politisch aktiv seien. Beide Begründungen sind politische Willkür und widersprechen der Unschuldsvermutung.

Die Durchsuchungen wurden mit **§278a**, der Bildung einer „kriminellen Organisation“ begründet, einem Passus des Strafrechts, der auf Geldwäsche, Menschenhandel o. die Mafia ausgerichtet ist.

„[...] Es entsteht ganz der Eindruck, als würden hier einzelne in der Vergangenheit begangene Straftaten willkürlich zusammengefasst, ohne konkreten Tatverdacht den Beschuldigten 'zugeordnet' und daraus der Vorwurf einer kriminellen Organisation konstruiert. [...] Die bloße 'Zuordnung' auf Grund eines (vermuteten) inhaltlichen Zusammenhangs und ohne konkrete Beweise von strafbaren Handlungen zu Personen oder Organisationen ist grob unzulässig. [...]“ (Presseaussendung der Grünen-Parlamentarierin Brigid Weinzinger, 26.05.08)

Am 28. Mai wurden einige der Gefangenen ohne Mitteilung an die Rechtsanwält_innen in die Justizanstalt Josefstadt-Wien sowie nach Eisenstadt verlegt. Aus Protest befanden sich einige Inhaftierte in Hungerstreik, teilweise über eine Woche lang. Ein paar sind es noch immer.

Am Freitag, 6.6.2008 wurde vom Landesgericht in Wiener Neustadt die U-Haft für alle 10 Aktivist_innen um einen weiteren Monat verlängert, ohne dass konkrete Tatvorwürfe genannt würden. Die genannten Haftgründe ermöglichen eine Verlängerung der Haft auf zwei Monate (Verdunkelungsgefahr) bzw. auf ein Jahr (Tatbegehungsgefahr). Noch immer wird den Inhaftierten bzw. ihren Verteidiger_innen die vollständige Akteneinsicht verweigert.

Wir rufen zur Solidarität mit den Betroffenen auf. Die Paragraphen, die jetzt gegen Tierrechtler_innen angewendet werden, sind so flexibel, dass sie auch gegen alle anderen Aktivist_innen eingesetzt werden können, um immer mehr unliebsame Teile einer kritischen Zivilgesellschaft mundtot zu machen. Unabhängig davon, ob du Tierrechtler_in bist oder nicht: Getroffen hat es einige - gemeint sind wir alle!

Die Gefangenen sollen wissen, dass niemand vergessen wird und unsere Solidarität keine Gefängnismauern kennt!

Solidarität ist eine Waffe!

weitere Infos: <https://at.indymedia.org> <http://antirep2008.lnxnt.org>

Anwält_innen sind teuer – spendet Geld und/oder organisiert Benefizveranstaltungen:

Kontonr.: 01920013682, BLZ: 14 000, Empfängerin: „GAJ Wien“, Zweck: „Antirep 2008“.

(International: IBAN AT551400001920013682 BIC BAWAATWW)